



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Jugendparlaments
am 14. Dezember 2022
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Marie Kristionat

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:06 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Akman, Muhammed nicht anwesend
Alfaouri, Qusay nicht anwesend
Bouffier, Leonard nicht anwesend
Bouyajdad, Youness nicht anwesend
Braun, Lea nicht anwesend
Colak, Melissa nicht anwesend
Feix, Sven nicht anwesend
Hepp, Mia nicht anwesend
Herz, Tizian nicht anwesend
Hofmann, Hilla nicht anwesend
Inanir, Asya Zeynep nicht anwesend
Richardt, Léopold nicht anwesend
Scholz, Miya nicht anwesend
Sensoy, Dilara nicht anwesend

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung

0098 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung folgender Änderung zugestimmt:

Tagesordnungspunkt 4 Projekt „Ist Luisa hier?“ wird zu Beginn der Tagesordnung aufgerufen.

Anschließend erfolgt die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte in der folgenden Reihenfolge:

TOP 1, TOP 5, TOP 2, TOP 3, TOP 1 nichtöffentlich

Einstimmig

0099 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendparlaments am 15.11.2022

Einstimmig genehmigt

0100 Bericht des Vorstandes

Protokollnotiz:

- Die Klausurfahrt nach Darmstadt findet am 28. und 29.01.2023 statt.
- Der Vorstand plant alle Rathausfraktionen anzuschreiben um ein Austausch zu vereinbaren. Mitglieder, die an so einem Gespräch interessiert sind, können sich beim Vorstand melden
- Die Aktion des JuPa-Infostandes auf dem Mauritiusplatz am 26.11. und 10.12. zeigte große Resonanz und bekam gutes Feedback. Es wird ein weiterer Termin geplant.
- Teilnahme am Orange the World Day
- Austausch mit dem Kommunalen Frauenreferat zum Projekt „Ist Luisa hier?“ (s. hierzu auch Beschlussnummer 0102)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Im Jugendinformationszentrum fand ein Info-Tag zur Youth Bank statt
- Teilnahme an den Workshops im Rahmen des Handlungsprogramms „Jugend ermöglichen!“ zu u. a. den Themen Prävention, was fehlt Jugendlichen in Wiesbaden etc.
- Inhalt der Vorstandssitzung: Planung der Klausurfahrt, Erstellung des Konzeptpapiers „Gleiche Brust für alle“

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0101 Bericht der Vertreter:innen aus den Projektgruppen/Arbeitskreisen und Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung

Protokollnotiz:

- AK „Soziale Gerechtigkeit“
 - o Thema „Gleiche Brust für alle“ (s. hierzu auch Beschlussnummer 0103)
 - o Altersgrenze im Jugendparlament von bisher 21 auf 23 Jahre anheben
 - o Einrichtung einer Projektgruppe „JuPa-Café“; hierzu stehe man auch mit den Mitgliedern des Ortsbeirates Mitte in Kontakt
 - o Planung einer Veranstaltung „Bundeswehr als Arbeitgeber“, mögliche weitere Arbeitgeber z. B. DRK, Johanniter; hierzu soll eine Projektgruppe gebildet werden
- Projektgruppe „Winteraktion“
 - o Es fand ein Treffen mit Upstairs (EVIM e. V.) zur Situation hilfsbedürftiger Jugendlichen und Armut statt. An den vergangenen Tagen des Info-Standes wurden ferner Spenden für Upstairs gesammelt. Diese sollen in Namen des Jugendparlaments an den Verein übergeben werden.
 - o Die Projektgruppe sammelt Ideen, wie den Jugendlichen zur Weihnachtszeit eine kleine Freude bereitet werden könnte. Vorschläge wären kleine Essenspäckchen zu packen und zu verteilen, bei Manna Mobil e. V. aushelfen...
 - o Es werden Überlegungen angestellt, gemeinsam mit Zwerg-Nase-Zentrum eine Aktion zu planen.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0102 **Projekt "Ist Luisa hier?"**

Protokollnotiz:

Frau Veit-Prang und Frau Rauscher vom Kommunalen Frauenreferat sind zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend. Sie stellen dem Jugendparlament das Projekt „Ist Luisa hier?“ vor.

Die Kampagne "Luisa ist hier!" stellt einen Teil der im Jahre 2016 initiierten bundesweiten Präventionskampagne "Sicher feiern" vom Frauen-Notruf Münster dar. Sie bietet eine direkte, niederschwellige Hilfe bei sexueller Belästigung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Betroffene können sich mit dieser „Code-Frage“ an das geschulte Personal in den kooperierenden Bars und Clubs wenden, um schnelle Hilfe zu erhalten.

Das Kommunalen Frauenreferat koordiniert und finanziert die Kampagne und arbeitet dabei mit dem Jugendparlament, Präventionsrat, Nachtbürgermeistern, Wildwasser e. V. sowie dem Polizeipräsidium Westhessen zusammen.

Für die Sichtbarmachung der Kampagne sind die nächsten Schritte, Info-Flyer an die Innenseite von Toilettenkabinen in den kooperierenden Locations anzubringen. Mit den Schulen müsste man hierzu nochmal in einen Austausch treten. Die Anregung von Lena Siedenburg, die Flyer auch an Bushaltestellen anzubringen und somit eine Kooperation mit ESWE-Verkehr zu starten, wird begrüßend mit in die weiteren Planungen aufgenommen.

Weiterhin sind drei Vertretungen des Heimwegtelefons e. V. anwesend und berichten dem Jugendparlament über ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Das Angebot des Vereins richtet sich darauf aus, dass jede Person, die das Bedürfnis hat, auf dem Heim-/Hinweg mit jemandem zu sprechen, eine Anlaufstelle bekommt. Man will mit der telefonischen Wegbegleitung für ein sicheres Empfinden sorgen. Durch die Durchgabe des Standorts kann die/der Anrufende lokalisiert und der Weg nachvollzogen werden. Im Falle eines Notfalls können die Vereinsmitglieder direkt einen Rettungsdienst oder die Polizei informieren. Der Telefondienst ist von Sonntag - Donnerstag von 21 - 24 Uhr und Freitag und Samstag 21 - 03 Uhr erreichbar.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0103 Stellungnahme "Gleiche Brust für alle"

Protokollnotiz:

Das Jugendparlament soll zu dem Thema eine Stellungnahme gegenüber dem städtischen Eigenbetrieb mattiaqua abgeben. Hintergrund hierzu ist ein Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit am 28.06.2022.

Vorsitzende Kristionat berichtet aus einem Austauschtermin mit der Stadt Göttingen, dass die hiesigen Erfahrungen offenbarten, dass das Thema wird schon seit längerem im „Grünen-Bundesfrauenrat“ geprüft wurde. Bereits 2021 wurden dort die ersten Politprojekte gestartet, seit September 2022 besteht das Angebot in ganz Göttingen.

Die Auswertungen zeigten zwar, dass das Angebot bislang von vielen nicht-binären Menschen wahrgenommen wurde, jedoch kaum Personen die Möglichkeit in Anspruch genommen haben. Göttingen sieht in dem Projekt einen wichtigen Schritt in Sachen Gleichberechtigung von Frauen und Genderqueeren.

Ferner sind in Göttingen bislang keine sexuellen Übergriffe bekannt geworden. Es fanden allerdings vereinzelt Belästigungen statt, die jedoch nicht über das Verbale hinausgehen. Sogenannte „safe spaces“ und das Sensibilisieren von Bademeister*innen findet dort keine Anwendung. Geschultes Fachpersonal sei allerdings erforderlich, damit das Angebot von mehr Menschen wahrgenommen werden könne.

Frau Veit-Prang vom Kommunalen Frauenreferat möchte künftig den Dialog mit Göttingen und Siegen vertiefen. Sie stellt klar, dass nicht die falschen Schlüsse aus der geringen Inanspruchnahme des oberkörperfreien Badens gezogen werden dürfen. Dies sage wenig darüber aus, ob die Personen das möchten oder mangelndes Interesse daran bestünde. Man sollte den Fokus darauf legen, was die Gründe dahinter seien.

Ihrer Meinung nach reicht es nicht, nur die Badeordnung zu ändern. Es müsse von Seiten der Stadt sichergestellt werden, dass das Angebot, ohne Bedenken vor sexueller Belästigung, genutzt werden kann. Es bedarf hierzu einer Bewusstseinskampagne und das Schulen von Badepersonal.

Generelle Befürwortung: zwei Enthaltungen

Unbedingte Befürwortung: eine Enthaltung

Das Jugendparlament spricht sich für die oberkörperfreie Nutzung von Schwimmbädern für alle Personen aus.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Das Jugendparlament würde es begrüßen, dass im Rahmen der Umsetzungsprüfung die folgenden Anregungen in die weiteren Entscheidungsprozesse miteinfließen:

- Es soll keinen abgetrennten Liegebereich für die oberkörperfreie Nutzung geben, sondern das ganze Schwimmbad sollte zu einem „safe space“ werden
- Das Kommunale Frauenreferat sollte die Mitarbeitenden hinsichtlich des Umgangs mit freien Oberkörpern schulen, es muss hierzu nicht zwingend neues Personal eingestellt werden
- Das Jugendparlament bietet im Rahmen der Prävention an, Aktionen gegen Sexualisierung bspw. an Schulen etc. (evtl. in Zusammenarbeit mit Wildwasser?) zu starten und so auf die Kampagne aufmerksam zu machen

Es herrscht der breite Konsens, dass die Badeordnung eine Gleichbehandlung aller Geschlechter sicherstellen und die oberkörperfreie Nutzung in Schwimmbädern normalisiert werden soll. Jede Person sollte die Freiheit haben, sich für oder gegen ein Bedecken der Brüste zu entscheiden.

0104 **Verschiedenes**

(keine Wortmeldungen)

nicht öffentliche Sitzung

0105 **Entscheidung über einen Mandatsentzug**

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Jugendparlament am 14. Dezember 2022

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Anlagen

Wiesbaden, . . .2023

Vorsitzende

Schriftführerin

Kristionat

Wenzel